

Von: Kirschke, Jan-Philip Jan-Philip.Kirschke@ruhr-uni-bochum.de
Betreff: WG: + Offene Fragen und wenig Bewegung beim Digitalhaushalt +
Datum: 17. November 2023 um 05:45
An: Deimann, Markus Markus.Deimann@ruhr-uni-bochum.de, Preusse, Joachim Joachim.Preusse@ruhr-uni-bochum.de

JK

Von: Esch, Linda
Gesendet: Freitag, 17. November 2023 05:45:54 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien
An: Kirschke, Jan-Philip
Betreff: WG: + Offene Fragen und wenig Bewegung beim Digitalhaushalt +

Von: Tagesspiegel Background Digitalisierung & KI
Gesendet: Freitag, 17. November 2023 05:45:38 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien
An: Esch, Linda
Betreff: + Offene Fragen und wenig Bewegung beim Digitalhaushalt +

E-Mail wird nicht richtig angezeigt? [Im Browser ansehen](#)

Vollversion Kompakt

TAGESSPIEGEL BACKGROUND

Digitalisierung & KI

Ihr politischer Wissensvorsprung für Digitalisierung & KI, 17.11.2023

Sehr geehrte Frau Esch,

guten Morgen nach der Bereinigungssitzung. Alle Augen waren gestern auf die Haushälter:innen im Bundestag gerichtet, traditionell bis spätabends gingen die Verhandlungen. Herausgekommen ist aus digitalpolitischer Sicht nicht viel: die **Fragezeichen**, die seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Dienstag über der Finanzierung der Milliarden substitutionen für **Halbleiter-Fabriken in Deutschland**, darunter für **Intel in Magdeburg**, sind immer noch da.

Und auch wenn den Parlamentarier:innen die **Sparlinie der Ampel-Regierung** bei der Finanzierung von Digitalprojekten nicht gutheißen, viel ändern konnten sie daran nicht. **Ein paar mehr Millionen** gibt es

an der ein oder anderen Stelle für digitale Technologien oder für die Digitalisierung der Verwaltung, dem Zentrum für digitale Souveränität wollen die Haushälter:innen unter die Arme greifen und das Digitalministerium soll sich zu Netzsicherheit äußern. Und das **Fax im Bundestag** wird übrigens **abgeschafft**. Wir liefern Ihnen heute einen Überblick.

Zwei Jahre ist es her, dass sich die **Europäische KI-Allianz** das letzte Mal versammelt hat. Das war fünf Monate, nachdem die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine KI-Verordnung im April 2021 vorgelegt hatte. Kurz vor dem Ende der Verhandlungen zum KI-Akt trifft sich die **AI Alliance Assembly in Madrid zum vierten Mal**. Vor dem nächsten politischen Trilog am sechsten Dezember dürften bei der zweitägigen Konferenz viele informelle politische Gespräche zu den strittigen Themen stattfinden. Binnenmarktkommissar Thierry Breton nutzte die Gelegenheit, um **zwei neue Initiativen** anzukündigen: den sogenannten **KI-Pakt** und die „**Large AI Grand Challenge**“. Was dahinter steckt, schreibt Friederike Moraht.

Mit einem **neuen Postfach** sollen Bürger:innen **sicher und digital mit der Justiz kommunizieren**. Doch ein Datenleck wirft Fragen und Datenschutzbedenken auf. Der Bundesdatenschutzbeauftragte ist schon aktiv geworden. Viola Heeger hat sich umgehört.

Wir sehen und lesen uns kommende Woche beim **Digitalgipfel der Bundesregierung** – was sonst noch ansteht, lesen Sie im heutigen Terminausblick.

Die wichtigsten Themen im Überblick:

- Digitalhaushalt: Keine großen Sprünge im Haushaltsausschuss
- KI-Allianz: Startschuss für KI-Pakt

- Justizpostfach: Das steckt hinter dem Datenleck
 - Airbnb und Co.: EU verschärft Regulierung
 - Lauterbach zu ePA und KI-Plänen
 - ePA: Laut BfDI Kelber Verstoß gegen Grundrechte
 - „Chatkontrolle“: Beschwerde gegen Microtargeting
 - Ein Jahr ChatGPT: Jede:r Dritte hat Chatbot ausprobiert
 - Termine: Digitalgipfel, Fraunhofer-Festakt und KI-Konferenz
-

Presseschau

Meta, TikTok Challenge EU's Crackdown on Big Tech Dominance
| [bloomberg.com](https://www.bloomberg.com)

Google DeepMind wants to define what counts as artificial general intelligence | [technologyreview.com](https://www.technologyreview.com)

TikTok wehrt sich gegen EU-Einstufung als „Torwächter“
| [handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com)

Stability AI's head of audio resigns over copyright concerns | [sifted.eu](https://www.sifted.eu)

Gescheiterte Presseförderung: Chronologie einer Geisterfahrt
| [netzpolitik.org](https://www.netzpolitik.org)

Chatkontrolle: Es ging immer darum, Verschlüsselung zu umgehen
| [netzpolitik.org](https://www.netzpolitik.org)

Zentrum für KI in der Medizin soll für moderne Gesundheitsversorgung sorgen | [heise.de](https://www.heise.de)

Inside Elon Musks' struggle with EU regulators over fake news on X
| [ftm.eu](https://www.ftm.eu)

Microsoft: Bing Chat ist tot, lang lebe Copilot! | [golem.de](https://www.golem.de)

Microsoft Teams räumt das Zimmer auf | [golem.de](https://www.golem.de)

Messengerdienst Signal: „Wir sind gegen den KI-Rausch“
| [handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com)

TikTok "aggressively" taking down videos promoting Bin Laden "letter to America" | [theguardian.com](https://www.theguardian.com)

TikTok: KI-gestützte Krypto-Währung-Abzocke nimmt zu | [heise.de](https://www.heise.de)

Apple TV: Comedian Jon Stewart wegen Kritik an China abgesetzt? US-Kongress verlangt Antworten | [spiegel.de](https://www.spiegel.de)

Defekte Externe SSDs: Datenrettungsfirma wirft SanDisk Konstruktionsfehler vor | [computerbase.de](https://www.computerbase.de)

Innovation: MP3-Erfinder warnen vor Reform standardessenzieller Patente | [heise.de](https://www.heise.de)

Amazon Astro: Roboter soll in kleinen Betrieben für Sicherheit sorgen | [heise.de](https://www.heise.de)

SEC vertagt Entscheidung zu Bitcoin-ETF von Hashdex | [btc-echo.de](https://www.btc-echo.de)

Analysen & Hintergründe

DIGITALHAUSHALT

Keine großen Sprünge im Haushaltsausschuss

Noch keine Lösung für die Chip-Milliardensubventionen und ansonsten keine großen Überraschungen gab es bei der Bereinigungssitzung im Bundestag in Bezug auf die Digitalgelder im Bundeshaushalt 2024. Ein paar Millionen mehr gibt es unter anderem für Open Source, KI und Quantentechnologien.



Lina Rusch

Der Ausblick auf **Haushaltsgelder für Digitales** für das Jahr 2024 bleibt mit Ablauf der Bereinigungssitzung im Bundestag **nüchtern**.

Angesichts der angespannten Haushaltslage waren im Bundeshaushalt 2024 bei den Digitalprojekten insgesamt keine großen Sprünge erwartet worden, an vielen Stellen wurde gekürzt (Tagesspiegel Background berichtete). Auch die vom BMF in den vergangenen Monaten zusätzlich zum Regierungsentwurf vom Sommer eingeplanten Mittel beschränkten sich zum Großteil auf die ohnehin beschlossene Stärkung der föderalen IT-Kooperation (**Fitko**), die in den kommenden Jahren mehr Aufgaben übernehmen soll.

Der Haushaltsausschuss des Bundestages musste gestern zunächst klären, wie mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Vortag umgegangen werden soll (Tagesspiegel Background berichtete). Das oberste Gericht hatte am Mittwoch ein Haushaltsmanöver der Ampelkoalition gekippt: **60 Milliarden Euro** an nicht genutzten Kreditermächtigungen für den Kampf gegen die Pandemie durften **nicht rückwirkend in den KTF verschoben** werden, wie das Gericht in Karlsruhe entschied. Das Geld fehlt nun in der Haushaltsplanung des Bundes. Der Haushaltsplan für 2024 ist aber formal nicht direkt betroffen, weil es sich beim KTF um ein **Sondervermögen** handelt.

Brisant aus digitalpolitischer Sicht: Wie die geplanten **Milliarden-Subventionen für Halbleiter-Fabriken in Deutschland** bezahlt werden sollen, blieb offen. Im Ergebnis verschob der Ausschuss seinen **endgültigen Beschluss** zum Etat des Bundes für 2024 auf **kommende Woche Donnerstag**, dann soll eine außerordentliche weitere **digitale Ausschusssitzung** stattfinden. Die sogenannte Bereinigungssitzung gestern fand dann aber wie geplant statt.

Dort konnten die Haushälter im Bundestag nur **wenige zusätzliche Akzente** setzen: beispielsweise ein paar wenige Millionen mehr für KI- und Quantentechnologien im Wirtschaftsetat, Digitalforschungsprojekte des Digitalministeriums (BMDV) oder Modellprojekte zur Registermodernisierung oder die IT-Konsolidierung im Innenetat. In

einigen Maßgabeentscheidungen machen die Haushälter aber immerhin auf deklaratorischer Ebene ein paar Punkte. Darunter auch die **Abschaffung des Faxes im Deutschen Bundestag**, die der FDP-Haushaltspolitiker Frank Schäffler gestern stolz verkündete. Laut Maßgabeentscheidung sollen die Prozesse, die derzeit noch ein Fax benötigen, bis Mitte 2024 digitalisiert sein und die letzten Geräte bis dahin ausrangiert werden.

Mehr Geld für Registermodernisierung und Turbo für Open Source

Etwas Bewegung war gestern im **Etat des Bundesinnenministeriums** zu verzeichnen. Nach der Schocknachricht vom Sommer, dass die Gelder für die Verwaltungsdigitalisierung um 99 Prozent gekürzt werden sollen (Tagesspiegel Background berichtete), gibt es jetzt Entwarnung: „Die notwendigen **Mittel für die Digitalisierung der Verwaltung sind sichergestellt**: Trotz deutlicher Kürzungen im Haushalt kann das Bundesinnenministerium im kommenden Jahr über Mittel in Höhe von über 300 Millionen Euro verfügen“, sagt Jens Zimmermann, der digitalpolitische Sprecher der SPD. Damit blieben die Haushaltsansätze für den Bereich Digitalisierung der Verwaltung **etwa auf dem Niveau von 2023**. „Sichergestellt sind auch die notwendigen Mittel für die Registermodernisierung und die digitalen Identitäten.“

Bei der **Registermodernisierung** ist laut einem Änderungsantrag der Ampel-Haushälter sogar ein **kleines Plus** zu verzeichnen: Zwei Millionen Euro sollen aus dem Titel für Aufträge und Dienstleistungen im Bereich Informationstechnik beiseitegelegt werden, um **Modellprojekte** zur Registermodernisierung zu finanzieren. Die Projekte hatte die Ampel nach monatelangen Diskussionen über die Architektur der Registermodernisierung im Sommer beschlossen (Tagesspiegel Background berichtete). Darin sollen gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft alternative Modelle bewertet, erprobt und ein **Demonstrator gebaut werden**

Demonstrator gebaut werden.

Hohe Ziele setzen die Haushälter der Bundesregierung in einem Maßgabenbeschluss auch bei **Open Source** und dem Zentrum für digitale Souveränität (**Zendis**), das im Dezember starten soll. Das Zentrum soll zukünftig zahlreiche Open-Source-Projekte wie die Plattform Open Code und den souveränen Arbeitsplatz „Open Desk“ übernehmen. Das Zendis solle „schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, die digitale Souveränität nachhaltig zu stärken und zu fördern, bestehende problematische Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern wie Microsoft abzubauen, die IT-Sicherheit zu erhöhen und Kosten zu senken“, sagt Zimmermann.

Die Haushälter fordern daher die Bundesregierung auf, die **Haushaltsmittel „unverzüglich“ an das Zendis zu übertragen**, damit dieses Aufträge vergeben und seine Aufgaben ausüben kann. Der souveräne Arbeitsplatz soll der Bundesverwaltung „schnellstmöglich und dauerhaft“ bereitgestellt werden, inklusive einer **Open-Source-Videokonferenzlösung**, die auch für geheime Kommunikation (Vs-Nfd) geeignet ist. Darüber hinaus fordern die Haushälter, dass die Zendis-Lösungen eng mit anderen Vorhaben der Verwaltungsdigitalisierung vernetzt werden, wie etwa der **IT-Konsolidierung Bund**. Das BMI soll bis zum Juni Bericht erstatten. Sicherlich nicht ganz unwissend, was da kommen würde, wünschte der Open-Source-Unternehmer Peter Ganten den Haushältern gestern vor der Sitzung auf der Plattform X „ein glückliches Händchen“. „Heute ist eine sehr gute Chance, wichtige Vorhaben der Koalition zur Digitalisierung und zu digitaler Souveränität voranzubringen!“, schrieb er.

Stichwort **IT-Konsolidierung**: Dort soll laut Änderungsantrag noch **um 8 Millionen Euro aufgestockt** werden. Die Extra-Mittel sollen anteilig in den **Bundesclient** (5 Millionen), einen **standardisierten Arbeitsplatz** für die Bundesverwaltung, in die **dezentrale Haushalts-**

IT (1,5 Millionen) und in die **E-Beschaffung** (1,5 Millionen) fließen. Damit würde das Budget für die IT-Konsolidierung im BMI auf **knapp 140 Millionen** anwachsen. Und auch in die E-Gesetzgebung sollen noch weitere 11,7 Millionen fließen. Das Geld ist für die Anbindung des Bundestags und des Bundesrates an die Plattform gedacht.

Mehr Geld soll auch in die Föderale IT-Kooperation (**Fitko**) fließen (Tagesspiegel Background berichtete): Insgesamt **rund 43 Millionen Euro** sind jetzt für das kommende Jahr eingeplant. „Dies ist ein starkes Signal nach außen, dass Bund und Länder die Verwaltungsdigitalisierung gemeinsam vorantreiben wollen und die zentrale Ausführungseinheit entsprechend finanziell stärken“, sagt Martin Gerster, zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion. „Zudem haben wir in einem **Maßgabenbeschluss** die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern und der Fitko zu untersuchen, welche technischen, organisatorischen, rechtlichen und finanziellen **Hemmnisse bei der Nachnutzung von Efa-Lösungen** (Einer-für-alle-Lösungen) auftreten können und darauf hinwirken, dass diese beseitigt werden“, sagt Gerster. Zudem solle die Bundesregierung darauf hinwirken, dass die Länder das Efa-First-Prinzip mittragen und es bei der anstehenden **Erarbeitung der föderalen Digitalstrategie** verankern.

Ein Beschluss hat eher den **Charakter eines Denkkzettels** und Auftrags für künftige Haushaltsrunden. Dabei geht es um die Finanzierung einer „sicheren, leistungs- und zukunftsfähigen **Netzinfrastuktur**“ **des Bundes**. Laut Vorlage der Ampelfraktionen sollen für die auskömmliche Finanzierung im Rahmen der Netzstrategie 2030 die erforderlichen „haushaltsbegründenden Unterlagen“ erstellt werden.

Das BMI soll dafür sorgen, dass die Betreiberin der Netze, die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (**BDBOS**), veraltete Netzanschlusstechnik schnellstmöglich ersetzt und in Zukunft sicherstellt, dass **IT-Geräte und**

Software rechtzeitig vor Ablauf der technischen Unterstützung **ausgetauscht** werden. Den Bundeseinrichtungen soll zudem **zeitnah** eine konkrete Zeitplanung für neue leistungsfähigere Anschlüsse genannt werden.

Im Widerspruch zu diesem Beschluss stehen allerdings von den Ampel-Haushälter:innen erwirkte **Kürzungen der Zuschüsse vom BMI** an die BDBOS. **Fast 50 Millionen Euro** sollen 2024 **weniger** fließen als ursprünglich vorgesehen. Dabei sinken die Zuschüsse, die explizit für den Betrieb der Netze des Bundes vorgesehen sind, um 13,5 auf rund 164 Millionen Euro. Für **Investitionen in die Netze** gibt es nur noch 147 Millionen Euro – ein Minus von fünf Millionen. Begründet wird das laut den Änderungsanträgen mit Anpassungen an den Bedarf.

Kaum Bewegung im Digitalhaushalt

Im wenig spannenden Haushalt des BMDV gab es gestern auch nur wenig spannende Änderungen. Die Haushälter wollen bei der **Umsetzung der 5x5G-Strategie** kürzen: statt annähernd 41 Millionen Euro, sollen im Jahr 2024 doch nur rund 36 Millionen Euro für das 5G-Innovationsförderprogramm zur Verfügung stehen. Begründet wird das mit einer einfachen Anpassung an den Bedarf.

Mehr Geld soll es für den Haushaltstitel „**Innovative Anwendungen von künstlicher Intelligenz**“ geben, nämlich **2,5 Millionen Euro zusätzlich** zu den bereits von der Regierung vorgesehenen 58 Millionen Euro. Das Geld fließt in das **Forschungsvorhaben Skala** (Skalierbare KI- und Blockchain-Lösungen zur Automatisierung und Autonomisierung in Wertschöpfungsnetzwerken“, das vom Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik (IML) koordiniert wird. Das „**Linux der Logistik**“, das mit dem BMDV-Projekt „Silicon Economy Logistics Ecosystem“ initiiert worden sei, werde damit um „synergetische KI- und Blockchain-Komponenten in Form von Softwarebausteinen, KI-Modellen,

Smart Contracts und Adaptern zur Anbindung von Drittsystemen“ erweitert, heißt es in der Projektbeschreibung im entsprechenden Änderungsantrag der Koalition.

Ein bisschen Geld bekommt noch ein anderes Forschungsprojekt: **Eine Million Euro** aus den geplanten Aufwüchsen im Haushaltstitel „Förderung eines verkehrsträgerübergreifenden Mobilitätssystems auf Grundlage des automatisierten, autonomen und vernetzten Fahrens“ gehen an das **Cispa-Forschungs- und Erprobungsprojekt „Cyberphysische Resilienz für autonome Fahrzeuge“**, das Wege finden will, die Manipulationen von autonomen Fahrzeugen durch feindliche Akteure vorzubeugen. Cispa ist ein Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit.

In einem von den Ampelparteien vorgelegten Beschluss stellt der Ausschuss fest, dass die **Gefährdung Kritischer Infrastrukturen zunehme** und der Verkehrs- und der Telekommunikationssektor grundsätzlich durch **Spionage, Sabotage und Technologieabhängigkeit** gefährdet seien. Bis Ende Mai kommenden Jahres soll das BMDV deshalb berichten, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um derartige Risiken zu minimieren. „Dabei ist nachzuweisen, dass Infrastrukturkomponenten Kritischer Infrastrukturen innerhalb des Verantwortungsbereichs des BMDV von **vertrauenswürdigen Herstellern** stammen.“ Maßgeblich sei das Vertrauen in die Integrität des Herstellers und in das Rechtssystem des Herstellerlandes.

Eine Untersagung des Einsatzes nicht vertrauenswürdiger Komponenten in Kritischen Infrastrukturen durch die Bundesregierung ist seit 2021 grundsätzlich möglich. Auf Grundlage des Paragraphen 9b im BSI-Gesetz werden derzeit Netzkomponenten der chinesischen Hersteller Huawei und ZTE in den 5G-Netzen geprüft. Der Haushaltsausschuss wünscht sich für den Bericht des BMDV nun besonderes **Augenmerk auf die Infrastruktur der Deutschen Bahn, der See- und Binnenhäfen**

sowie der Bundesfernstraßen.

Ein paar mehr Millionen für KI und Quanten

Im Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) dürften die fehlenden Gelder des KTF für das größte Kopfzerbrechen sorgen. So sollten auch die **Chipfabriken von Intel und TSMC** daraus gefördert werden, wo die Milliarden nun herkommen sollen, darauf gab es auch gestern keine Antwort. „Also müssen wir das **Geld an anderer Stelle finden** beziehungsweise aufbringen“, erklärte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) gestern. Die Projekte selbst sollen nicht unter den Tisch fallen.

Trotzdem sollen an einigen anderen Stellen die Mittel für Digitalvorhaben im Vergleich zum ersten Regierungsentwurf noch erhöht werden. Der Posten für die „**Entwicklung digitaler Technologien**“ wird von 142 auf **148 Millionen Euro** erhöht. „Künstliche Intelligenz und Quantencomputing sind zentrale Zukunftstechnologien. Trotz einer angespannten Haushaltslage stärken wir diese und die digitale Nachhaltigkeit mit sechs Millionen Euro“, sagt **Felix Banaszak** (Grüne), Berichterstatter für den Haushalt des BMWK.

Konkret stehen damit aus diesem Topf **47 Millionen Euro für KI** zur Verfügung und damit 3 Millionen mehr als zuletzt geplant. Sie sollen im Rahmen des Innovationswettbewerbs „Künstliche Intelligenz als Treiber für volkswirtschaftlich relevante Ökosysteme“ ausgegeben werden.

Für das Technologieprogramm „**Quanten-Computing – Anwendungen für die Wirtschaft**“ sind nun **11,8 Millionen Euro** angesetzt (ursprünglich 11 Millionen). Insgesamt **29,5 Millionen Euro** (plus 2 Millionen) sollen für die Stärkung der **digitalen Nachhaltigkeit** genutzt werden. Geplant ist hier ein Förderprogramm für die „Entwicklung und die Anwendung Digitaler Technologien zur Steigerung der Ressourceneffizienz, zur Optimierung der Wertschöpfungs- und

Lieferketten, zur verbesserten Koordination der Sektorkopplung und damit zur Minimierung von umwelt- und klimaschädlichen Emissionen; die Vermeidung von Rebound-Effekten beim Einsatz Digitaler Technologien sowie die an Nachhaltigkeit orientierten Geschäftsmodelle und Nutzungskonzepte für Digitale Technologien“.

Einen Zuschlag gibt es auch für den **Sovereign Tech Fund**. Für die in diesem Jahr richtig.gestartete Initiative waren die Mittel ohnehin schon von 10 auf 16 Millionen Euro erhöht worden. Nun soll noch eine Million dazu kommen, die für das **Bug-Resilience-Programm** geplant ist, für das schon 2023 erste Mittel zur Verfügung standen. Dabei belohnt der Sovereign Tech Fund Entwicklerinnen, die Schwachstellen in Open Source Software entdecken und beheben. Insgesamt 2,5 Millionen Euro stehen dafür 2024 zur Verfügung. „Mit der Mittelerhöhung verstärken wir das Signal der Bundesregierung, dass **Open-Source-Lösungen** und ihre Community von zentraler Bedeutung für die Innovationskraft der Gesellschaft und der deutschen Wirtschaft sind“, sagt Banaszak.

Ein Thema, dessen Bedeutung das Bundeswirtschaftsministerium auch oft betont, ist die **Mitgestaltung internationaler technischer Normen und Standards**. Um hier gegen die strategischen Aktivitäten aus China und anderen Ländern in den entsprechenden Gremien nicht weiter ins Hintertreffen zu geraten, werden ebenfalls zusätzliche Mittel bereit gestellt. „Mit **5 Millionen Euro** fördern wir Projekte des Deutschen Instituts für Normung e.V.“, sagt Banaszak. 2024 kommt davon jedoch erst eine Million hinzu, die Mittel zur „Förderung des Normenwesens“ betragen damit 4,36 Millionen und damit etwa so viel wie in diesem Jahr. Die ursprünglich geplante Kürzung um eine Million Euro wird damit wieder rückgängig gemacht. Zudem sind über Verpflichtungsermächtigungen weitere vier Millionen Euro zusätzlich für die Jahre 2025 bis 27 vorgeplant.

Wie geht es weiter mit dem Haushalt?

Die Beratungen einfach wie vorhersehen fortzusetzen, erscheint uns im

„Die Beratungen einfach wie vorgesehen fortzusetzen, erscheint uns im Hinblick auf die historische Tragweite des Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht richtig“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase, gestern. Die Unionsfraktion, die die Causa vor das Gericht in Karlsruhe gebracht hatte, erwirkte, dass kommende Woche Dienstag noch einmal Sachverständige geladen werden, um den Umgang mit dem 60-Milliarden-Sondervermögen zu klären. Die Oppositionsfraktion hatte zunächst auch eine Verschiebung der Bereinigungssitzung selbst beantragt, dies sei aber von den Koalitionsfraktionen abgelehnt worden, hieß es. Eine Verschiebung der Sitzung hätte das **fristgerechte Inkrafttreten des Haushalts zum Jahreswechsel** gefährdet.

Die Union brachte gestern **aus Protest gar keine Änderungsanträge** mehr ein. Diese Oppositionsanträge zum Haushalt werden zwar traditionell eh von den Regierungsfractionen abgelehnt, es gehört jedoch zum guten demokratischen Ton, sich auch als Opposition an den Debatten zu beteiligen und Gegenvorschläge für die Finanzierungspläne zu machen.

Im Plenum soll der Entwurf wie bislang vorgesehen in der letzten November-Woche beraten und am 1. Dezember verabschiedet werden. Der Bundesrat soll dann am 15. Dezember abschließend über den Entwurf für den Haushalt befinden – sofern bis dahin eine Lösung für das 60-Milliarden-Euro-Loch gefunden ist. *Mit AFP, Viola Heeger, Benjamin Stiebel und Oliver Voß*



ANZEIGE

Briefing zur KI-Verordnung



Wer überwacht, dass der AI Act eingehalten wird?
Kann ich meine Rechte selber schützen?
Oder ist das „Überregulierung“?

Mehr zu KI-Betroffenenrechten im neuen Briefing.

ZV
KI



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (KI)

KI-Allianz: Startschuss für KI-Pakt

Zum vierten Mal versammelt sich in Madrid die europäische KI-Allianz – eine seit 2018 gewachsene Community aus über 6.000 Entscheider:innen und Stakeholdern. Am ersten Tag kündigte die EU-Kommission zwei neue Initiativen an. Für den KI-Pakt zählt sie auf rege Teilnahme aus der Wirtschaft und auch um den AI Act wird gerungen.



Friederike Moraht

Zwei Jahre ist es her, dass sich die **Europäische KI-Allianz**, das gesellschaftliche Rückgrat der europäischen KI-Politik, das letzte Mal versammelt hat. Das war fünf Monate nachdem die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine KI-Verordnung im April 2021 vorgelegt hatte. Während es damals vor allem um Ziele und Ambitionen ging, startete gestern die vierte KI-Allianz-Versammlung unter dem selbstbewusst klingenden Titel **„Leading Trustworthy AI Globally“**.

„Seit der letzten AI Alliance Assembly vor zwei Jahren ist viel passiert“, sagte **Thierry Breton**, EU-Binnenmarktkommissar bei der Assembly am Donnerstag. Durch die Markteinführung generativer KI sei man in der EU an einem „kritischen Punkt“ für die **„führende Rolle bei KI“**.

Die KI-Allianz-Initiative wurde im Juni 2018 von der EU-Kommission im Rahmen ihrer KI-Strategie auf den Weg gebracht. Sie sollte vor allem die Arbeit der **Hochrangigen Expertengruppe für Künstliche Intelligenz** (AI HLEG) steuern, deren Dokumente später den KI-Ansatz der Kommission beeinflussten.

Gestartet als Online-Forum für Diskussionen mit Bürgern, der Zivilgesellschaft, Wirtschafts- und Verbraucherorganisationen, Gewerkschaften, Hochschulen, Behörden und Expert:innen, hat sich die Initiative zu einer „**lebendigen Community**“ entwickelt, die in den letzten Jahren zu einigen der wichtigsten politischen Initiativen im Bereich der KI beigetragen habe, heißt es seitens der EU-Kommission. Zu dem Format gehören öffentliche Konsultationen und Online-Forenaustausch. **Mehr als 6000 Interessensvertreter** haben sich bisher in diesem Prozess engagiert.

Organisiert von der EU-Kommission und dem spanischen Ministerium für Wirtschaft und digitale Transformation im Rahmen der spanischen EU-Ratspräsidentschaft, findet die Konferenz diesmal **über zwei Tage in Madrid** statt. Dazu gibt es einen öffentlichen Livestream.

Breton kündigt AI-Start-up-Initiative an

Am ersten Tag ging es vor allem darum, wie europäische Start-ups bei generativer KI aufholen können und deren Finanzierung verbessert werden kann. Im Bereich der **Rechenkapazitäten**, die für die Entwicklung und das Training von KI-Modellen entscheidende Komponente, hatte Breton für die Community gleich positive Nachrichten. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte im September eine Initiative angekündigt, mit der europäische Start-ups **Zugang zu Supercomputern** erhalten sollen (Tagesspiegel Background [berichtete](#)).

Breton legte nun dar, wie genau das umgesetzt werden soll: Die

Kommission plant eine **AI-Start-up-Community** für die Entwicklung und den

KOMMISSION plant einen **wettbewerb für vielversprechende Start-ups**, die „**Large AI Grand Challenge**“, der bis zu vier Start-ups auswählen soll.

Die Gewinner müssen ihre Modelle unter einer **Open Source-Lizenz** für den nichtkommerziellen Gebrauch verfügbar machen oder ihre Forschungsergebnisse veröffentlichen. Dafür sollen sie Zugang zu Rechenzeit auf den Supercomputern LUMI und Leonardo erhalten, außerdem wird eine Prämie von einer Million Euro auf die Gewinner aufgeteilt.

Die Kooperation läuft im Rahmen des **European High Performance Computing Joint Undertaking** (EuroHPC JU). Die Kommission will nächstes Jahr dessen Zugangsregeln überarbeiten, um den Zugang für Start-ups zu verstetigen.

Neben der EU setzt auch Deutschland inzwischen voll auf die Hochleistungsrechenzentren, um die große Lücke an Kapazitäten zum Training von großen KI-Modellen für Wissenschaft und Start-ups zu schließen. Allerdings ist die **Hardware der Supercomputer** dafür bislang **zum Großteil ungeeignet**, da sie mit Ausnahme Jülichs kaum über Grafikprozessoren verfügen (Tagesspiegel Background berichtete).

Überbrückung bis zum AI Act

Zudem gab der Kommissar den Startschuss für den sogenannten „**KI-Pakt**“. Dies ist ein freiwilliger Verhaltenskodex für KI-Firmen, der die Zeit bis zum Inkrafttreten des **AI Acts** überbrücken soll. Ziel einiger Legislatoren ist es, den KI-Akt noch in diesem Jahr zu verabschieden, sodass er am 1. Januar 2024 in Kraft treten kann. Allerdings gibt es eine **Übergangsfrist von zwei Jahren**, bis die KI-Verordnung tatsächlich gilt. Der KI-Pakt soll Unternehmen ermutigen, die **KI-Anforderungen schon früher zu übernehmen**.

Klar ist, dass man einen Aufschrei seitens der Industrie wie bei der

Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) diesmal vermeiden will. Die zwei Jahre **Umsetzungsfrist** wolle man **keinesfalls verlängern müssen**. „Das können wir uns nicht leisten“, sagt **Carme Artigas**, Staatssekretärin für Digitalisierung und Künstliche Intelligenz in Spanien. Sie hat in den vergangenen sechs Monaten im Rahmen der spanischen Ratspräsidentschaft bereits an Best-Practices, Methodologien, Schablonen, Tools und Webinaren gearbeitet, mit Hilfe derer Unternehmen das Gesetz besser verstehen und umsetzen können sollen.

Nun sind die Unternehmen eingeladen, an dieser „**prä-regulatorischen Sandbox**“ teilzunehmen. Eine Website, auf der sich Unternehmen melden können, die daran interessiert sind, hat die EU-Kommission bereits eingerichtet. Auf der KI-Allianz-Plattform sollen die Unternehmen dann bewährte Verfahren austauschen und die Umsetzung des KI-Gesetzes diskutieren können. „Die Vorbereitung auf die neue Gesetzgebung wird absolut entscheidend sein“, so Breton.

KI-Allianz auch in Zukunft wichtig

Noch aber ist nicht abschließend geklärt, wie die KI-Verordnung final aussehen wird. Vorige Woche sind die Verhandlungen ins Stocken geraten. „Seit dem vergangenen Freitag ist sogar ein **Scheitern nicht ausgeschlossen**“, schreibt die EU-Parlamentarierin Svenja Hahn in der „FAZ“.

Die Trilogverhandlungen befinden sich aktuell in der heißen Phase, **offen seien noch „die kompliziertesten Themen“**, sagte **Dragos Tudorache** (Renew), Ko-Berichterstatter für den KI-Akt im EU-Parlament in Madrid. Dazu gehört die Frage, ob auch KI-Basismodelle reguliert werden, oder die Verantwortung für vertrauenswürdige KI bei denen liegt, die diese Modelle für neue Anwendungen nutzen.

Vor allem Frankreich und auch Deutschland hatten sich gegen die geplante

Regulierung der „foundation models“ gesperrt. „Dieser Widerstand und die damit einhergehende **Ausnahme von Grundlagenmodellen** aus dem AI Act könnte EU-Bürger ernsthaften Risiken aussetzen und den KI-Standort Europa stark beschädigen“, **warnte KI-Vorreiter Yoshua Bengio** zuletzt im Tagesspiegel Background.

Weitere Streitthemen seien laut Tudorache Safeguards für die Verbreitung illegaler Inhalte durch KI und Fragen des Urheberrechts. Auf der AI Assembly dürften viele informelle politische Gespräche zum AI Act stattfinden. Dem Vernehmen nach verhandeln Deutschland, Frankreich und Italien gerade intensiv an einem **Kompromissvorschlag**, der womöglich am heutigen Freitag noch stehen soll. Schließlich drängt die Zeit: Der nächste politische Trilog findet am **sechsten Dezember** statt. *Mit Maximilian Henning und Oliver Voß*



DIGITALE JUSTIZ

Datenleck beim Justizpostfach

Mit einem neuen Postfach sollen Bürger:innen sicher und digital mit der Justiz kommunizieren. Doch ein Datenleck wirft Fragen und Datenschutzbedenken auf. Vier Wochen lang konnten Nutzer:innendaten abgegriffen werden. Was steckt dahinter?



Viola Heeger

Kaum am Start schon gibt es Ärger: Über eine Schnittstelle zum neuen **Justizpostfach** konnten vier Wochen lang Nutzer:innendaten abgegriffen werden. Betroffen waren dabei etwa **1.700 Postfächer**, in denen Angaben zu Vorname, Nachname, Straße, Hausnummer, PLZ, Stadt

und Länderkennung hinterlegt sind.

Bereits am 30. Oktober wies Sicherheitsforscher und E-Governmentexperte **Markus Drenger** auf der Plattform X darauf hin, dass bei **Benutzung des Postfaches Daten abfließen** – das Leck blieb allerdings noch bis zum 9. November offen. Grund für den Datenabfluss: ein Konfigurationsfehler. Die im Postfach **hinterlegten Daten** sollten eigentlich nur in ein Justizverzeichnis fließen, waren aber stattdessen über eine Schnittstelle im Internet abrufbar. Zuerst berichtete das Nachrichtenportal Heise über den Vorfall.

Digitale Justizkommunikation

Hintergedanke bei dem Projekt „Mein Justizpostfach“ ist, dass Bürger:innen nicht mehr **per Fax oder Brief** mit Gerichten, Anwält:innen und Notar:innen kommunizieren müssen (Tagesspiegel Background berichtete). Am 13. Oktober startete das Postfach in den Testbetrieb. Anmelden können sich Nutzer:innen, wenn sie sich bereits bei der **Bund-ID** mit ihrem Personalausweis registriert haben. Das bedeutet: Bei den Daten, die abgegriffen werden konnten, handelt es sich um **hoheitlich verifizierte Personendaten**, sie sind also mit hoher Wahrscheinlichkeit echt. Das macht sie für Cyberkriminelle sehr attraktiv. Betrieben wird das Postfach nach Angaben des Bundesjustizministeriums (BMJ) vom Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund) im Auftrag des Bundesinnenministeriums (BMI).

Das Justizpostfach schließt sich an eine bereits existierende Infrastruktur an: Gerichte haben seit 2004 ein elektronisches Postfach, mit dem sie digital Dokumente und Bescheide empfangen können, das **elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach** (EGVP). Seit 2016 sind auch Anwält:innen mit ihrem Postfach an die Kommunikationsinfrastruktur angebunden, Behörden und Notar:innen seit 2018.

„Fehlkonfiguration“ am Verzeichnis

Wer die Kommunikationsinfrastruktur nutzt, muss seine Daten in einem **Verzeichnisdienst der Justiz** eintragen lassen, das sogenannte **SAFE-Verzeichnis** (Secure Access to Federated E-Justice/E-Government). Betrieben wird das Verzeichnis von der **Arbeitsgruppe IT-Standards** (AG IT-Standards) im Auftrag der Bund-Länder-Kommission für Informationstechnik in der Justiz. Die AG IT-Standards ist beim Justizministerium Baden-Württemberg angesiedelt. In dieser AG erfolgten die technische Umsetzung und Konfiguration des Dienstes.

Zu dem Datenleck kam es an der **Schnittstelle zwischen dem Postfach und dem SAFE-Verzeichnis**: Statt die persönlichen Daten aus der Bund-ID nur an das Verzeichnis zu übermitteln, konnten sie über das Internet abgegriffen werden. Nachdem das BMI die AG IT-Standards über die Schwachstelle informiert hatte, wurde die Fehlkonfiguration **innerhalb von einer halben Stunde** behoben worden, schreibt das BMJ.

„Anhaltspunkte für einen **tatsächlichen Abfluss von Daten** sind nicht bekannt geworden“, heißt es aus dem Bundesjustizministerium, ähnlich äußert sich auch das Bundesinnenministerium. Mindestens **einen Datenabruf** gab es jedoch: Sicherheitsforscher Drenger konnte über eine Schnittstellenabfrage einen exemplarischen Datensatz echter Nutzerdaten abrufen. Ob es weitere Datenabflüsse gab, ist bisher unklar.

Drenger sieht den Vorfall als exemplarisch für IT-Projekte in der Verwaltung, die unter eine **geteilte Zuständigkeit** fallen: „Die einzelnen Komponenten werden für sich geprüft, aber es fehlt ein **Test des Gesamtsystems**.“ Risiken, die durch eine Kopplung der Systeme entstehen, fielen so durchs Raster – wie etwa, wohin die Daten aus der Bund-ID übermittelt werden. Fallen die Fehler auf, fühle sich niemand verantwortlich. „Es ist eine **organisierte Nicht-Zuständigkeit**.“

Persönliche Daten weiter einsehbar

Obwohl die Personendaten nicht mehr über das Internet abgegriffen werden können, sind sie weiter wie rechtlich vorgesehen im **SAFE-Verzeichnis einsehbar**. Zwar können Bürger:innen nicht gegenseitig ihre Daten abrufen, Behörden, Anwäl:innen und Notar:innen können das aber sehr wohl. Die „**Sichtbarkeit und Identifizierbarkeit**“ der MJP-Nutzer für Angehörige der Justiz sei für eine sichere wechselseitige Kommunikation erforderlich, schreibt das Bundesjustizministerium. „Die Nutzer werden darüber in der Datenschutzerklärung informiert.“

Spannend wird es jetzt bei der Frage, wie es weitergeht:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) hatte bereits am Montag über die Plattform Mastodon mitgeteilt, dass **Arbeiten zu dem Datenleck** bereits aufgenommen wurden. Aus dem BMJ heißt es, dass die zuständigen Administratoren bei der AG IT-Standards erneut „hinsichtlich der **datenschutzrechtlichen Belange** bei der Verwaltung des SAFE-Verzeichnisdienstes“ sensibilisiert werden sollen. Zudem soll die Umsetzung weiterer **technischer und organisatorischer Maßnahmen** geprüft werden.



Nachrichten

EU verschärft Regulierung von Airbnb und Co.

Anbieter von **Kurzzeitvermietungen** wie **Airbnb** unterliegen in der Europäischen Union künftig schärferen Regulierungsvorschriften.

Europaparlament und Mitgliedstaaten einigten sich in der Nacht zum

Donnerstag auf ein Gesetz, nach dem die Anbieter **automatisch Daten über Gastgeber und Übernachtungen an die zuständigen Behörden übermitteln** müssen. Alle auf den Plattformen angebotenen Zimmer, Wohnungen und Häuser sollen demnach eine **EU-weite Registriernummer** erhalten.

Große Anbieter wie Airbnb sollen **monatlich Angaben** zu den über ihre Plattform gebuchten Übernachtungen **automatisiert weitergeben**. Für lokale Behörden werde es damit einfacher, gegen falsche Angebote vorzugehen, erklärte EU-Digitalkommissar **Thierry Breton**. Unter den neuen Vorschriften könnten Kurzzeitvermietungen „auf wirksame und verhältnismäßige Weise“ verwaltet werden.

Das Gesetz vereinfache die Registrierung für private Vermieter, erklärte die spanische Tourismusministerin **Rosana Morillo Rodríguez**, die für die spanische Ratspräsidentschaft die Verhandlungen führte. Für die Unternehmen schaffe die EU **klare Informationspflichten**.

Airbnb als größter Anbieter auf dem Markt begrüßte die Einigung, die Plattformen und Behörden „klare Leitlinien“ an die Hand gebe. Die EU-Vorschriften könnten „weltweit als Beispiel für die Regulierung von Kurzzeitvermietungen“ dienen, teilte das Unternehmen am Donnerstag mit.

Europaparlament und Mitgliedstaaten müssen dem Gesetz noch formal zustimmen. Die EU-Länder haben anschließend **zwei Jahre Zeit**, um die Vorschriften in **nationales Recht** umzusetzen. *AFP*



Lauterbach: KI kann Ärztemangel lindern

Bundesgesundheitsminister **Karl Lauterbach** (SPD) will den **Datenschutzföderalismus** im Gesundheitswesen überwinden und plant die Zuständigkeit einer Aufsichtsbehörde für medizinische Studien. Für eine bundesweite medizinische Studie die Zustimmung dutzender Kommissionen einholen zu müssen, sei „für die Forschung eine absolute Katastrophe“, so Lauterbach im Interview mit dem Tagesspiegel. „Sinnvoll wäre hier **eine federführende Stelle, das BfArM**, an die sich Forschende wenden und die Entscheidung, die dann vollumfänglich gilt, koordinierend vorbereitet, organisiert und zügig herbeiführt.“ Er plane dies im Rahmen des **Medizinforschungsgesetzes** umsetzen, das er für „demnächst“ ankündigte.

Er verteidigte auch die geplante Ausweitung der **Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI)** im Gesundheitswesen – auf Grundlage der Gesundheitsdaten aus der elektronischen Patientenakte (ePA), die „alle relevanten Gesundheitsdaten“ enthalten soll. Seine Pläne für das Ausrollen der Patientenakte und den Aufbau einer „**zentralen Forschungsinfrastruktur**“ für Abrechnungsdaten der Krankenkassen, aus Krebsregistern, Laboren und Genomdatenbanken habe „die **volle Unterstützung** des gesamten Bundeskabinetts, insbesondere des Bundeskanzlers“, betonte der SPD-Minister.

Die Sorgen der Ärzteschaft, dass der Einsatz von KI zu einer Verdrängung ihrer Kompetenzen führen könnte, winkte Lauterbach ab: „Der **Ärztmangel wird im besten Fall durch KI etwas gelindert**. Niemand muss um seinen Job fürchten. Ein Arzt wird mit den neuen Methoden, die KI bietet, besser, aber nicht überflüssig.“ *red*



Kelher: ePA verstößt gegen Grundrechte

REPORT: ePA verstoßen gegen Grundrechte

Die Pläne der Ampelkoalition für die elektronische Patientenakte (ePA) verstoßen nach Ansicht des Bundesdatenschutzbeauftragten **Ulrich Kelber** gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung sowie gegen europäische Datenschutzgesetze. Der SPD-Politiker sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (Donnerstag), die Koalition wolle die Patientenakte automatisch auch mit **Daten** füllen, **die die intimste Privatsphäre betreffen** und Anlass für Diskriminierung oder Stigmatisierung sein könnten.

Als Beispiele nannte er Daten zu HIV-Infektionen, psychischen Erkrankungen und zu Schwangerschaftsabbrüchen. „Es liegt auf der Hand, dass das automatische Befüllen mit besonders schutzwürdigen Daten das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gefährdet“, betonte Kelber.

Gerichtliche Auseinandersetzungen würden daher nicht auf sich warten lassen, warnte Kelber. „Wenn die Ampelkoalition jetzt Regelungen festlegt, die bei Klagen hochgefährdet sind, weil sie nicht ausreichend differenzieren und dann im Zweifel für einen Stopp des Gesamtprojektes sorgen, wird **der eigentlich guten Sache ein Bärendienst erwiesen.**“ Ein automatisches Befüllen dürfe es nur mit unkritischen Daten geben, alles andere erst mit aktiver Einwilligung der Versicherten. Als unkritische Informationen wertet er etwa Behandlungen beim Zahnarzt oder Orthopäden und die Notfalldaten.

Die Koalition plant, dass die **gesetzlichen Krankenkassen künftig für alle Versicherten automatisch eine elektronische Patientenakte anlegen** – außer es wird aktiv widersprochen (Opt-out-ePA). Kelber argumentierte, es werde viele Versicherte geben, die die Akte zum Beispiel wegen **Sprachproblemen** nicht richtig bedienen könnten. Auch bei ihnen würden dann sensible Daten in der Akte abgelegt, die für alle anderen Leistungserbringer im Gesundheitswesen automatisch sichtbar seien.

Der oberste Datenschützer kritisierte zudem den Plan der Koalition, wonach Krankenkassen künftig **Zugriff** auf die **Abrechnungsdaten** bekommen sollen, um die Versicherten auf Krebsrisiken oder fehlende Impfungen aufmerksam zu machen. „Auf diese Art entsteht der ‚**gläserne Versicherte**‘, was ein erhebliches Diskriminierungspotenzial hat“, warnte Kelber. Die Kassen hätten schließlich ein hohes wirtschaftliches Interesse. „Wenn sie die Daten kennen, ist eine **Risikoselektion** möglich. Sie können dann zum Beispiel besonders kranke Versicherte gezielt herausdrängen.“

Der Datenschutzbeauftragte schlug stattdessen vor, mit der Auswertung eine Stelle zu beauftragen, die keine eigenen wirtschaftlichen Interessen habe, etwa den **Medizinischen Dienst**. „Der Nutzen für die Versicherten bliebe, ohne die Gefahr der Diskriminierung.“ *KNA*



„Chatkontrolle“: Beschwerde gegen Microtargeting

Die NGO None of your business (**Noyb**) hat gestern eine **Beschwerde** gegen die EU-Kommission wegen ihrer Werbung für das umstrittene **CSAM-Vorhaben** eingelegt. Die Generaldirektion Migration und Inneres der Kommission hatte im September Werbung für das Vorhaben auf der Plattform X geschaltet und dabei **Microtargeting** genutzt, um spezifische Personen anzusprechen. Diese Kampagne habe gegen europäisches Datenschutzrecht verstoßen, meint Noyb: **Daten zu politischen Meinungen** und religiösen Überzeugungen genießen besonderen Schutz, trotzdem habe die Kommission ihre Werbung genau diese Datenkategorien verwendet.

Dagegen hat die NGO nun Beschwerde beim **Europäischen Datenschutzbeauftragten** eingelegt. Außerdem **prüfe man eine Beschwerde gegen X**, heißt es von Noyb, denn das Unternehmen habe die Benutzung dieser Daten zum Targeting erst ermöglicht. Eigentlich würden die Werberichtlinien der Plattform das verbieten.

„Es ist unfassbar, dass die EU-Kommission sich nicht an das Gesetz hält, das es erst vor wenigen Jahren mit institutionalisiert hat“, sagte **Maartje de Graaf**, Datenschutzjuristin bei Noyb. „Außerdem behauptet X, die Verwendung sensibler Daten für Werbetargeting zu verbieten – unternimmt aber nichts, um dieses Verbot tatsächlich umzusetzen.“

Die EU arbeitet gerade an einem **Gesetz zu politischer Werbung**, das unter anderem Microtargeting einschränken soll. Anfang des Monats haben die Institutionen sich auf den **endgültigen Text** des geplanten Gesetzes geeinigt (Tagesspiegel Background [berichtete](#)).

Gegen das CSAM-Vorhaben der Kommission gibt es **breite Kritik** unter dem Stichwort „**Chatkontrolle**“. Expert:innen und Abgeordnete im Parlament hatten bemängelt, dass der Vorschlag der Kommission die sichere digitale Kommunikation stark einschränken könnte. Das **Parlament** schwächte deshalb am Montag in seinem Entwurf die betreffenden Stellen stark ab (Tagesspiegel Background [berichtete](#)). *mhe*



Jede:r dritte Deutsche hat ChatGPT ausprobiert

Rund jeder dritte Mensch in Deutschland (**34 Prozent**) hat sich einer Umfrage zufolge bereits **mit dem Chatbot ChatGPT ausgetauscht**.

Der Großteil (80 Prozent) davon nutzte die Künstliche Intelligenz (KI) für

Bei Studien (62 Prozent) davon nutze die künstliche Intelligenz (KI) für **private Zwecke**, rund die Hälfte aber auch im Beruf, wie der Digitalverband Bitkom am Donnerstag mitteilte. Älteren Menschen macht die neue Technologie demnach häufiger Angst als Jüngeren.

„ChatGPT hat **bei KI den Turbo gezündet**“, erklärte Bitkom-Präsident **Ralf Wintergerst**. Die Anwendung sei für viele Menschen der erste Kontakt mit KI gewesen. Zehn Prozent beließen es der Umfrage zufolge bei diesem Erstkontakt, elf Prozent nutzten das Tool selten, 13 Prozent regelmäßig. Rund jeder Dritte kann sich vorstellen, die KI in Zukunft zu nutzen, 30 Prozent schließen das der Umfrage zufolge grundsätzlich aus.

Rund 17 Prozent derjenigen, die **ChatGPT auch am Arbeitsplatz nutzten**, erzählten ihren Arbeitgebern nichts davon. Bei einem Viertel der Erwerbstätigen legten die Unternehmen Regeln für den Einsatz generativer KI am Arbeitsort fest. Gut der Hälfte machten die Dialoge mit dem Programm zwar Spaß, wirklich geholfen habe die Anwendung aber nur in 13 Prozent der Fälle.

Zugleich bereitet die neue Form der KI den Menschen auch Sorgen: **41 Prozent der Befragten gaben an, dass ChatGPT ihnen Angst mache**. Bei den über 65-Jährigen war es mit 57 Prozent deutlich mehr als die Hälfte. Dabei könne KI die Hürden der digitalen Teilhabe nach Bitkom-Angaben deutlich reduzieren. „Wir müssen nicht mehr lernen, wie Computer zu kommunizieren, die Computer artikulieren sich – fast – wie Menschen“, erläuterte Wintergerst.

Das Chatprogramm des Start-ups Open AI ist **seit November 2022 für die Öffentlichkeit zugänglich**. Für die Bitkom-Studie wurden 1004 Menschen ab 16 Jahren telefonisch befragt. *AFP*



Termine

Digitalgipfel, Fraunhofer-Festakt und KI-Konferenz

Haben Sie Ihre **Koffer schon gepackt**? Die Woche beginnt mit dem **Digitalgipfel** der Bundesregierung, der Montag und Dienstag in Jena stattfindet. Für die einen ist es eine tolle Möglichkeit, ihre Arbeit ins Schaufenster zu stellen, für andere ist es nur noch ein Nerv-Termin ohne Impact und Sinn. Auch wir sind natürlich vor Ort. Hier geht's zum Programm.

In Mainz wird Bundesdigitalminister **Volker Wissing** am Freitag Reformvorschläge für die Digitalpolitik der EU vorstellen, zusammen mit Vertreter:innen der drei **baltischen Staaten**. Direkt im Anschluss wird Wissing die internationale KI-Konferenz „Fueling European Innovation with AI“ eröffnen, an der unter anderem die CEOs von **Aleph Alpha** und **Mistral** teilnehmen werden.

- Das Europäische **Open-Source-Observatorium** feiert am Dienstag in Brüssel seinen fünfzehnten Geburtstag, unter anderem mit der Generaldirektorin für Digitale Dienste, Veronica Gaffey, und Haushaltskommissar Johannes Hahn.
- Am Mittwoch lädt die **Hertie-School** in Berlin zu einer Diskussion ein, die sich mit der Regulierung von Digitalisierung in Afrika beschäftigen wird.
- Abends in **München** stellt der neue Fraunhofer-Präsident **Holger Hanselka** in Anwesenheit von Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) und Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst bei einem **Festakt in der Fraunhofer-Zentrale** nach rund 100 Tagen im Amt die Eckpfeiler seiner Präsidentschaft vor.

- Wieder in Brüssel stimmen am Donnerstag die **Bildungsminister:innen** der EU-Mitgliedsstaaten zu zwei Empfehlungen ab, mit denen sie die **digitale Bildung** vorantreiben wollen.
- Ebenfalls am Freitag wird der Bundesrat unter anderem zur Zulassung **virtueller Wohnungseigentümersammlungen** abstimmen.

Nächste Woche tagt das **Europäische Parlament** in Straßburg. Dort wollen die Abgeordneten am Dienstag zur **Cybersicherheit in den EU-Institutionen** abstimmen, außerdem zum Strategischen Kompass der EU und **weltraumbasierten Verteidigungsmöglichkeiten**. Am Mittwoch geht es dann um eine **Mehrwehrsteuerreform** für das digitale Zeitalter und um die Digitalisierung im **Verwaltungsrecht**.

Nicht abstimmen, aber diskutieren wird das Parlament am Montag die Digitalisierung von **grenzüberschreitender gerichtlicher Zusammenarbeit** und am Mittwoch den **European Health Data Space**. Am Donnerstag soll eine Grundsatzfrage beraten werden: der aktuelle Vorschlag des Parlaments für eine **tiefgreifende EU-Reform**.

Eine komplette Übersicht der digitalpolitisch relevanten Termine der kommenden Wochen finden Sie jeden Montag im Tagesspiegel Politikmonitoring Digitalisierung. Jetzt [kostenlos testen](#).



Der Tagesspiegel Background Digitalisierung & KI erscheint täglich als E-Mail-Briefing um 6 Uhr. Alle Artikel und weitere Briefings finden Sie auf unserem Portal unter background.tagesspiegel.de.

- IMPRESSUM -

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, Askanischer Platz 3, 10963 Berlin

Geschäftsführer: Gabriel Gröber, Ulrike Tschöke

Geschäftsführer: Gabriel Grabner, Ulrike Teschke

Chefredakteure, v.i.S. von § 18 Abs. 2 MStV: Lorenz Maroldt, Christian Tretbar

Geschäftsführende Redakteurin Tagesspiegel Background: Miriam Schröder

AG Charlottenburg HRB 43850, UID: DE 151725755, Fax: (030) 29021-599

Redaktion: Viola Heeger, Lina Rusch (Leitung), Elena Metz, Friederike Moraht, Eduard Müller, Katharina

Schneider, Steffen Stierle, Oliver Voß (stv. Leitung)

Fragen zu redaktionellen Inhalten: background.digitalisierung@tagesspiegel.de

Fragen zu Anzeigen: anzeigen@tagesspiegel.de

Fragen zum Abonnement, zum Datenschutz & zu technischen

Problemen: background.service@tagesspiegel.de

[DATENSCHUTZ](#) | [KONTAKT](#) | [IMPRESSUM](#)

Sie wollen das Background-Briefing nicht mehr erhalten?

Einfach hier klicken: [**Briefing abbestellen**](#)